

A large, thick orange graphic consisting of two concentric, partial circular arcs that frame the central text. The arcs are positioned such that they appear to be part of a larger circle, with the top and bottom portions missing.

Der AGFW Fakten-Check zur Bundestagswahl aus Sicht der energieeffizienten Stadtentwicklung

Der Wahlkampf kommt so langsam auf Touren. Die Parteitage haben ihre Kandidaten gekürt und fast alle ihr Wahlprogramm verabschiedet. Energie und Stadtentwicklungen stehen auch hier im Fokus der einzelnen Wahlprogramme. Welche Fakten für eine energieeffiziente Stadtentwicklung können wir aus Sicht der AGFW Stadtentwicklung aktuell festhalten.

Auszug und Zusammenfassung aus den aktuellen Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien (Stand 24.06.2013):

CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland

Motto: Moderne und nachhaltige Stadtentwicklung sowie sichere, bezahlbare und saubere Energie

Eine Versorgung, die auf Erneuerbare Energien und einen geringeren Energieverbrauch setzt sowie die Energieeffizienz erhöht und Energieeinsparung fördert. Dabei verfolgt die CDU/CSU das Prinzip der Technologieoffenheit. Es soll niemandem vorgeschrieben werden, welche Technik zum Einsatz kommen soll. Die CDU/CSU will einen gesunden Mix der Energieerzeugungsarten.

Das bewährte Instrument der Städtebauförderung soll fortgeführt und weiterentwickelt, wo es notwendig ist, sollen neue Förderschwerpunkte festgelegt werden.

Städte spielen eine besondere Rolle beim Umweltschutz. Daran will die CDU/CSU die klima- und umweltschonende Stadtplanung ausrichten. Ziel ist die CO₂ neutrale, energie- und klimaangepasste Stadt.

Die Energiewende ist eine große Chance für den ländlichen Raum. Wenn die Wertschöpfung in den Regionen bleibt, können sich die Menschen finanziell daran beteiligen und sich direkt in Energiegenossenschaften, Bürgernetzen, Bürgerwindparks oder gemeinsamen Solarprojekten einbringen. Die Energiewende braucht Akzeptanz vor Ort.

Weitere Themen sind:

- » Die Energiewende soll volkswirtschaftlich verantwortbar, entschlossen, zügig und mit Augenmaß umgesetzt werden. Marktwirtschaftliche Lösungen sollen mit fairem Wettbewerb und Technologieoffenheit Versorgungssicherheit garantieren.
- » Netze und Energiespeicher sollen ausgebaut werden.
- » Größere international aufgestellte Energieversorger, Stadtwerke und private Energieerzeuger wie auch die Wissenschaft werden zur Umsetzung benötigt.

SPD: „Das WIR entscheidet.“

Motto: Die Energieeffizienz zur Priorität machen.

Stadtentwicklung wird aus Sicht der SPD mehr denn je zur Stadtteil- und Quartiersentwicklung.

Die Städtebauförderung soll wieder verlässlich ausgestattet werden. Die Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen soll vereinfacht werden. Die Hauptthemen sind: sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.

Man plant, unter anderem die energetische Stadtsanierung in die Städtebauförderung zu integrieren, um den ganzheitlichen Quartiersansatz zu fördern und Kommunen mit energetischen Stadtentwicklungskonzepten verstärkt zu unterstützen.

Die Programme der energetischen Gebäudesanierung und des Bauens sollen mit mindestens 2 Mrd. Euro im Bundeshaushalt fest verankert und verstetigt werden, um Verlässlichkeit und Planbarkeit für alle Akteure und die Verflechtung und Kombination der

„Energetischen Gebäudesanierung“ und des „altersgerechten Umbaus“ wieder herzustellen.

In Zukunft, so das SPD Wahlprogramm, wird der Blick sich stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten müssen. Die SPD sieht als zentrales Element den deutlichen Ausbau der dezentralen, effizienten und klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die SPD will Anreize für den Ausbau der KWK schaffen und für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme sorgen.

Weitere Themen sind:

- » Die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihrer Unternehmen.
- » Die sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende
- » Die Schaffung eines eigenen Energieministeriums zur Steuerung der Energiewende.
- » Die Einrichtung eines Bundestagsausschuss Energie
- » Die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses

FDP: Bürgerprogramm

Motto: Impulsgeber für ein neues Zeitalter — bezahlbare und sichere Energie

Kommunale Zentren, in denen soziale und technische Infrastruktur kostengünstig und zentral erreichbar vorgehalten werden kann, sollen gestärkt werden. Damit könnten gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands erhalten und die Vielfalt der Regionen bewahrt werden.

Zu einem zukunftsfähigen Energiemarkt gehört nach dem FDP Wahlprogramm auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. Ordnungsrecht, das jeden Eigentümer im Gebäudebestand zur Nutzung erneuerbarer Wärme verpflichtet, wird abgelehnt, ebenso wie Zwangssanierungen. Bei der Gebäudesanierung spricht sich die FDP daher ebenfalls für das Prinzip „Anreize statt Zwang“ aus. Das Ordnungsrecht könne daher nur im Neubau zum Tragen kommen. Dies bedeutet, dass die Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie der EU in deutsches Recht ebenfalls nach dem Prinzip „Anreiz statt Zwang“ erfolgen soll.

Weitere Themen sind:

- » Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind ebenso wichtig, wie schnelle Fortschritte im Umweltschutz.
- » Energie muss für alle Bürger, mittelständische Betriebe, Handwerk und Industrie bezahlbar bleiben.
- » Energiepreise dürfen nach dem Willen der FDP nicht zur sozialen Frage werden.
- » Verantwortung und Bundesaufgaben im Zusammenhang mit der Energieerzeugung und Energieversorgung sollen in zentraler Koordinierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gebündelt werden.
- » Ein weiterer Ausbau der Bioenergie soll verstärkt über die Nutzung von Rest- und Koppelprodukten erfolgen.
- » Bei der Produktion von Biomasse zur energetischen Nutzung sind Alternativen zum Maisanbau, zum Beispiel Kurzumtriebsplantagen zu nutzen.

Die LINKE - „100 Prozent sozial“

Motto: „Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung“.

Die Linke spricht sich für die Energiewende aus. Ziel der LINKEN ist dabei: 100 Prozent regenerative Energie, vorrangig regional und dezentral erzeugt durch mitbestimmte Unternehmen vor Ort, die Preise sozial gestalten.

Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse, die durch Regionalisierung, Leitbildentwicklung und Förderung von KMU erreicht werden sollen, werden thematisiert. So sollen Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus geschaffen werden, unter anderem durch Stärkung der regionalen Energiekreisläufe und Bio-Energiedörfer. Die dezentrale Energiewende soll durch Förderprogramme für Kommunen, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen, ausgebaut werden.

Die dezentrale Energiewende ist voranzubringen. Dafür sollen Förderprogramme für Kommunen ausgebaut werden, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen.

Neben der verbesserten Förderung der energetischen Gebäudesanierung und von Blockheizkraftwerken wollen die Linken den verpflichtenden Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten schrittweise steigern und bei grundlegenden Sanierungen auch auf den Gebäudebestand ausweiten.

Weitere Themen sind:

- » Der Stadtumbau Ost ist vom Bund weiterhin zu unterstützen.
- » Die Heizkosten müssen wieder im Wohngeld enthalten sein.
- » Die Versorgung mit Strom und Wasser soll ein Grundrecht werden.
- » Die Energieversorger sollen dazu verpflichtet werden, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält.
- » Die Energiepreise sollen sozial gestaffelt werden. Bei Zahlungsschwierigkeiten dürfen Strom, Wasser und Wärme nicht mehr abgestellt werden.
- » Eine weitere Forderung besteht darin, die Stromspeicher-Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung voranzutreiben.

Bündnis 90/Die Grünen: Zeit für den grünen Wandel

Motto: 100% sichere Energie Wie wir die Energiewende zum Erfolg führen.

Die grüne Stadt soll sich entwickeln. Dafür wollen die GRÜNEN das Bau- und Planungsrecht ändern und knüpfen Programme an entsprechende Bedingungen. Auch wollen sie die Mittel für die Städtebauförderung, insbesondere für die Programme „Soziale Stadt, Stadtumbau und Denkmalschutz“, mittelfristig erhöhen. Die Innenstädte sollen gestärkt und der Flächenverbrauch minimiert werden.

Im Fokus stehen daher Lösungen für den Energiehunger der Metropolen und zugleich dezentrale Ansätze für den ländlichen Raum. Als generelle Antwort auf eine wachsende Energienachfrage werden Erneuerbare Energien für alle in Verbindung mit Energieeffizienz und Energieeinsparung angegeben.

Zentrale Forderung ist es, die Energieversorgung der Zukunft dezentraler und bürger-näher zu gestalten.

Die Städte und Gemeinden sollen aktiv darin unterstützt werden kommunale Klima- und Energiekonzepte aufzustellen, Erneuerbare Energien und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen.

Die örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze sollen in kommunale Hand zurückgegeben werden, um auf diese Weise die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern

und die Eigenverantwortung der Bürger für die Energiewende zu stärken.

Wo es möglich ist, soll Gas in der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eingesetzt und insbesondere die Anreize für Mini- und Mikro-KWK („stromerzeugende Heizung“) verbessert werden.

Das Ziel ist eine dezentrale Energieversorgung mit einem effizienten Leitungssystem.

Eine wichtige Aufgabe ist die energetische und funktionale Modernisierung der kommunalen Infrastrukturen, bei der die Anpassung und Ertüchtigung der vorhandenen Gebäude und Anlagen Vorrang vor Neubau haben muss.

Das Programm für energetische Gebäudesanierung soll auf 2 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Ziel ist es, nach und nach alle Häuser in Deutschland zu sanieren, auf Niedrigenergiehaus-Niveau zu bringen und den verbleibenden Wärmebedarf durch Erneuerbare Energien zu decken. Als Sanierungsrate werden 3% angestrebt.

Weitere Themen sind:

- » Ökologie und bezahlbares Wohnen sind in Einklang zu bringen. Mit der Auflage von Energiesparfonds soll die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorangetrieben werden, um einkommensschwache Haushalte zu unterstützen
- » Die Kompetenzen des Bundesumweltministeriums zu einem Umwelt- und Energieministerium sollen erweitert werden.
- » Ein Niedrigstenergiestandard soll vorgegeben werden, doch der Fokus liegt auf dem Bestand.

Schnittmengen in den Wahlprogrammen:

Einig sind sich die Parteien in ihrem Wahlprogramm darüber, dass die Energiewende fortzuführen ist und diese durch Steigerung der Energieeffizienz, durch Energieeinsparung und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen ist.

Ziele, Schwerpunkte und Umsetzung werden beschrieben, allerdings sehr unterschiedlich gesetzt. SPD und Grüne sehen insbesondere neben der Gebäudesanierung in der KWK ein wesentliches Element zur Umsetzung. Die CDU setzt dabei mehr auf den Mix verschiedener Technologien. Die soziale Komponente bzw. Bezahlbarkeit der Maßnahmen betonen alle Parteien. Auch hier sind in den Ansätzen zur Umsetzung sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten. Von hoher staatlicher Einflussnahme (Grundrechtsprinzip/LINKE) bis hin zum liberalen Marktmechanismus („Anreizsysteme/ FDP), liegen die Inhalte sehr weit auseinander und sind breit gestreut.

Alle Parteien sehen in der Stärkung der Kommunen und in der Beteiligung der Bürger eine wesentliche Chance zur erfolgreichen Gestaltung der energieeffizienten Stadtentwicklung. Die Städtebauförderung ist, neben weiteren Komponenten, für alle Parteien darin ein wesentliches Element. Allein die FDP setzt mehr auf die individuellen steuerlichen Anreize und auf Marktmechanismen.

Einen wesentlichen Unterschied sehen die Parteien, sofern Aussagen darüber getroffen werden, in der ministeriellen Zuständigkeit. Vom BMU zum BMWi bis hin zu einem eigenen Energieministerium sind verschiedene Ansätze vertreten.

Standpunkte des AGFW in der Stadtentwicklung.

- » Der AGFW steht zur bisherigen Balance und Fortentwicklung aus Energieeinsparung (durch Dämmung), Energieeffizienz (durch Primärenergiefaktor) und dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Kein Element darf behindert werden, da alle einen wesentlichen Beitrag zur Zielerreichung leisten müssen.
- » Das CO₂ äquivalent pro Einwohner und Jahr der Städte und der Effizienzfaktor €/tCO₂ ist im Zusammenspiel der Systeme als Leitgröße zur energieeffizienten Stadtentwicklung auf Quartiersebene heranzuziehen. Dies bedeutet verbindliche CO₂-Einsparwerte für Gebäude im Zuge der Gebäudesanierung und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen muss eine wesentliche Zielgröße sein.
- » Der AGFW spricht sich für die Aufnahme einer quartiers- / gebietsweisen Bewertung von Effizienzmaßnahmen aus. Basis können die integrierten Stadtentwicklungskonzepte sowie Energie- und Klimaschutzkonzepte der Kommunen und Landkreise bilden.
- » Der AGFW spricht sich weiterhin für eine generelle Prüfung alternativer Energieeffizienzsysteme aus.
- » Bei neuen Gebäuden soll gewährleistet werden, dass vor Baubeginn die technische, ökologische und wirtschaftliche Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Systemen wie Kraft-Wärme-Kopplung, Fern-/Nahwärme oder Fern-/Nahkälte, insbesondere, wenn sie ganz oder teilweise auf Energie aus erneuerbaren Quellen beruht, in Betracht gezogen und berücksichtigt werden.
- » Die Möglichkeiten die das BauGB heute schon bietet sollten konsequent umgesetzt werden.
- » Die Städte als Handlungsakteure sollten in Verbindung mit bestehenden Zielvorgaben in die Lage versetzt werden dies umzusetzen.
- » Die Städtebauförderung ist ein adäquates und seit Jahrzehnten bewährtes Mittel von Bund und Länder dies vor Ort zu gewährleisten. Die Integration der energetischen Stadtsanierung in die Städtebauförderung als eigene Fördermaßnahme wäre ein geeignetes Mittel.
- » Eine Zusammenfassung und Flexibilisierung von Fördermaßnahmen zur effizienten kommunalen Gestaltung als differenzierter kommunaler Einsatz sollte möglich sein.
- » Die gleichrangige Prüfung und Kontrolle von Energieeinsparung, Einsatz erneuerbarer Energien und Energieeffizienz nach Standards für kommunale Konzepte und Fördermaßnahmen (unter Berücksichtigung von Demografie und Klimaanpassung) ist notwendig.

Frankfurt am Main, den 26.Juni 2013

Herausgeber:

AGFW | Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.
Stresemannallee 30, D-60596 Frankfurt am Main
Postfach 70 01 08, D-60551 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 6304-1
Telefax: +49 69 6304-391
E-Mail: info@agfw.de
Internet: www.agfw.de
© *copyright*
AGFW, Frankfurt am Main